Hinweise und Erläuterungen zur Leistungsbeschreibung

Abschleppen, Umsetzen, Verwahren und Verwerten/Verschrotten von Fahrzeugen

Allgemeine Hinweise

Zur Erfüllung der nachfolgend näher beschriebenen Leistung soll eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen werden. Gemäß § 4 Abs. 1 VOL/A ist eine Rahmenvereinbarung eine Vereinbarung zwischen einem oder mehreren öffentlichen Auftraggebern und einem oder mehreren Unternehmen, die dazu dient, die Bedingungen für die Aufträge, die im Laufe eines bestimmten Zeitraumes vergeben werden sollen, festzulegen, insbesondere unter Bezug auf den Preis und ggf. die in Aussicht genommene Menge.

Anhand der Fallzahlenstatistik aus den Jahren 2022 bis 2024 ergeben sich folgende Anhaltspunkte des Leistungsvolumens:

- ca. 159 Fahrzeuge pro Jahr zur Direktverwertung (ohne Verwahrung)
- ca. 47 Fahrzeuge pro Jahr mit einer durchschnittlichen Verwahrungsdauer von 79 Tagen und anschließender Verwertung/Verschrottung
- ca. 10 Fahrzeugöffnung pro Jahr
- ca. 14 Fahrzeugreinigungen pro Jahr
- ca. 60 Fahrzeuge pro Jahr, welche ggf. aus einem anderen Leistungsvertrag übernommen und umgesetzt werden müssen

Die Fallzahlen im Leistungsverzeichnis bilden in etwa die Leistungsstrukturen der letzten drei Jahre ab und wurden an die prognostizierten Vorgänge für die kommenden Jahre angepasst. Da die geführte Statistik nicht alle Fallkonstellationen abbildet, werden einige Leistungspositionen mit der Zahl „3“ (einmal pro Leistungsjahr) ausgewiesen, um diesen im Leistungsverzeichnis zumindest einen Einzel-(Vertrags-)preis zuzuordnen.

Die im Leistungsverzeichnis als Berechnungsgrundlage ausgewiesenen Fallzahlen dienen lediglich als Anhaltspunkt. Hieraus ergibt sich keine Abnahmeverpflichtung. Eine konkrete Zahl an abzuschleppenden, zu verwahrenden und zu verwertenden Fahrzeugen wird nicht garantiert. Alle angegebenen Mengen dieses Leistungsverzeichnisses beziehen sich auf die maximale Vertragslaufzeit einschließlich aller etwaigen Optionen und Vertragsverlängerungen, also auf drei voraussichtliche Leistungsjahre. Der Bieter hat dadurch jedoch keinen Anspruch auf die Auslösung der Optionen bzw. Vertragsverlängerungen durch die Auftraggeberin.

Die der Vergabestelle vorliegenden Fallzahlen, welche konkret als Einzelpositionen im Leistungsverzeichnis ausgewiesen sind, waren Grundlage für die Schätzung des Auftragswertes gemäß § 4 Abs. 1 VOL/A. Der geschätzte Wertumfang beläuft sich demnach auf ca. 89.000,00 EUR.

Unter Beachtung der aktuellen Vergaberechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (vgl. Urteil vom 17.06.2021, C-23/20) wird der Höchstwert der zu vergebenden Leistung auf 119.000,00 EUR für den avisierten Leistungszeitraum festgesetzt. In Abhängigkeit der Fallzahlenentwicklung in den kommenden Leistungsjahren verliert die Rahmenvereinbarung ihre Wirkung bei Erreichen des vorgenannten Höchstwertes. Für die Überwachung zeichnet die Auftraggeberin, insbesondere bei der Prüfung der Vertragsverlängerung durch die Inanspruchnahme von Optionen, verantwortlich. Mit dieser Information wird den Ansprüchen an Transparenz und Gleichbehandlung im Vergabeverfahren Rechnung getragen.

- **Leistungsfähigkeit**

Fahrzeuganzahl:

Für die Auftrags Erfüllung aus der Rahmenvereinbarung ist stets mindestens ein Abschleppfahrzeug seitens der Auftragnehmerin vorzuhalten, wobei die Auftragnehmerin regulär innerhalb ihrer Geschäftszeiten mit einer Abholfrist von zwei Arbeitstagen nach Beauftragung tätig werden soll. Im Bedarfsfall, z. B. bei Gefahr im Verzug, muss jedoch in enger Abstimmung zwischen den Vertragsparteien auch von dieser Abholfrist abgewichen werden können.

Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe ist auf Anforderung unter Vorlage der Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein) nachzuweisen, das mindestens ein Fahrzeug, welches die Vorgaben des Punktes 7 der Leistungsbeschreibung erfüllt („Pannenhilfsfahrzeug“), im Unternehmen für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen.

Die Einhaltung der Verkehrsbeschränkungen der Umweltzone in der Stadt Leipzig (Fahrzeuge mit grüner Schadstoffplakette) ist sicherzustellen.

Alternative Mobilität (Wertungskriterium)

Die Nutzung von Abschleppfahrzeugen mit alternativem Antrieb wird mit einem Anteil von 10 Prozent bei der Wertung besonders berücksichtigt. Der Vergabestelle ist dabei durchaus bewusst, dass sich alternative Antriebe für schwere Nutzfahrzeuge momentan eher noch in einem Entwicklungs- oder Vorserienstadium befinden. Insoweit wird die besondere Berücksichtigung im Zuge der Wertungskriterien mit hoher Wahrscheinlichkeit ins Leere laufen. Trotz dessen soll ein gewisser Anreiz geschaffen werden, nicht zuletzt auch im Hinblick auf das nationale Ziel der Bundesrepublik, dass im Jahr 2030 ein Drittel der Fahrleistungen von schweren Nutzfahrzeugen elektrisch oder auf Basis strombasierter Kraftstoffe erbracht werden soll. Hierzu hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr verschiedene Förderprogramme aufgelegt. Reinen Elektrofahrzeugen oder Fahrzeugen mit Brennstoffzellen wird eine bessere Bewertung eingeräumt als hybriden Fahrzeugen oder Fahrzeugen mit Flüssiggasantrieb (LNG), die teilweise im Fahrbetrieb auf fossile Energieträger angewiesen sind.

Verwahrfäche:

Abgeschleppte Fahrzeuge, die zur weiteren Sicherstellung auf das Firmengelände verbracht werden, müssen innerhalb einer allseits umzäunten Verwahrfäche im Stadtgebiet Leipzig untergebracht werden.

Innerhalb des letzten Vergabeverfahrens wurde eine Kapazität von mindestens zehn Stellplätzen zur Verwahrung von Fahrzeugen gefordert. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren verdeutlichen, dass diese Forderung auskömmlich war, auch wenn Verwahrzeiten von durchschnittlich etwa 80 Tagen erreicht werden können.

Die Verwahrfäche hat die Vorgaben des Punktes 9 der Leistungsbeschreibung zu erfüllen und muss unter Nutzung der Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs erreichbar sein.

Für die Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der Auftraggeberin ist es erforderlich, dass die Verwaehrfläche mit der geforderten Stellplatzkapazität und der Möglichkeit einer überdachten Unterbringung bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe verfügbar ist. Das Verwaltungsverfahren zum Erhalt einer Baugenehmigung bzw. einer genehmigten Anlage nach Bundes-Immissionsschutzgesetz nimmt in der Regel drei Monate Bearbeitungszeit in Anspruch, soweit alle Unterlagen vollständig vorliegen. Diese Zeitspanne steht im Rahmen des Vergabeverfahrens nicht zur Verfügung. [siehe: Fragebogen zur Eignungsprüfung].

Personal:

Die Umsetzung der Anforderungen aus der Leistungsbeschreibung obliegt der Organisationshoheit des Unternehmers. Unabhängig davon ist darauf zu achten, dass die notwendigen Qualifikationen vorliegen und im Bedarfsfall nachgewiesen werden können:

Berufskraftfahrereignung

Fahrer/-innen, die gewerblich Fahrzeuge führen, für die eine Fahrerlaubnis der Klassen C1, C1E, C, CE erforderlich ist, müssen entsprechend der Regelungen des Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetzes (BKrFQG vom 26.11.2020, BGBl. I S. 2575, in der jeweils gültigen Fassung) einen gesonderten Befähigungsnachweis und außerdem aller fünf Jahre eine Weiterbildung nachweisen. Dies gilt auch für Aushilfsfahrer/-innen. Damit wird den besonderen Herausforderungen im beruflichen Alltag Rechnung getragen, um somit die Sicherheit im Straßenverkehr zu verbessern und wirtschaftliches Fahrverhalten zu optimieren.

Die erforderliche Qualifikation wird gemäß § 7 BKrFQG mit einem Fahrerqualifizierungsnachweis oder einer Fahrerbescheinigung bestätigt sowie der Eintragung der harmonisierten Schlüsselzahl 95 der Europäischen Union. Hiervon unberührt ist die in § 4 BKrFQG ausgeführten Besitzstandswahrung.

Qualifikation nach DGUVI 209-093

Im Umgang mit Elektrofahrzeugen hat die Auftragnehmerin nur Fachkundige Personen für Arbeiten an Hochvoltssystemen (FHV) nach DGUVI 209-093 einzusetzen. Die Auftragnehmerin hat sicherzustellen, dass beim Abschleppen von Elektrofahrzeugen nur Fachkundige Personen mit Qualifikation nach Stufe 1 zum Einsatz kommen. Bei Arbeiten an unbeschädigten Elektroantriebsbatterien (Hochvoltssysteme in spannungsfreiem Zustand) ist eine Fachkundige Person mit Qualifikation nach Stufe 2S bzw. ein/-e nach Ausbildungsverordnung 2013 ausgebildete/-n Kfz-Mechatroniker/-in einzusetzen. Bei Arbeiten an beschädigten Elektroantriebsbatterien (unter Spannung stehende Hochvoltssysteme), z. B. an Unfallfahrzeugen, ist der Einsatz einer Fachkundigen Person mit Qualifikation nach Stufe 3S sicherzustellen.

Die Fachkunde/Qualifizierung des Personals ist auf Anforderung in geeigneter Form nachzuweisen.

- **Kommunikation**

Die Auftraggeberin übermittelt die einzelnen Aufträge elektronisch per E-Mail. Hierfür hat die Auftragnehmerin eine zentrale E-Mail-Adresse zu benennen und eine zeitnahe Abarbeitung dieser E-Mails sicherzustellen.

Gleichzeitig steht der Auftragnehmerin für die Übersendung von Informationen (z. B. Information über die Erledigung von Aufträgen, Herausgabe, Übermittlung von Fahrzeug-Identifizierungsnummern, sonstige Informationen im Zusammenhang mit der Auftragserfüllung) an die Auftraggeberin die zentrale E-Mail-Adresse abschleppen-32-22@leipzig.de

als Kommunikationsmittel zur Verfügung.

Darüber hinaus ist eine telefonische Erreichbarkeit zu den allgemein üblichen Geschäftszeiten der Auftragnehmerin zu gewährleisten, mindestens jedoch im Zeitraum von Montag bis Freitag, jeweils von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr.

Rechtsgrundlagen

- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen vom 24.02.2012 (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG, BGBl. I S. 212 ff. in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 02.03.2023, BGBl. 2023 I Nr. 56)
- Gesetz über die Kreislaufwirtschaft und den Bodenschutz im Freistaat Sachsen vom 22.02.2019 (Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz – SächsKrWBodSchG, SächsGVBl. S. 187, in der jeweils gültigen Fassung)
- Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Leipzig vom 15.12.2022 (Beschluss der Ratsversammlung Nr. VII-DS-07007/22, Elektronisches Leipziger Amtsblatt 23.A/22 vom 22.12.2022, zuletzt geändert durch Beschluss der Ratsversammlung Nr. VII-DS-10706-NF-01/24 vom 18.12.2024, Elektronisches Leipziger Amtsblatt 23-A/24 vom 20.12.2024)
- Verordnung über die Überlassung, Rücknahme und umweltverträgliche Entsorgung von Altfahrzeugen in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.06.2002 (Altfahrzeug-Verordnung - AltfahrzeugV, BGBl. I S. 2214 in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung vom 18.11.2020, BGBl. I S. 2451)
- Güterkraftverkehrsgesetz vom 22.06.1998 (GüKG, BGBl. I S. 1485 in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2024, BGBl. 2024 I Nr. 236)
- Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Batterien und Akkumulatoren vom 25.06.2009 (Batteriegelgesetz – BattG, BGBl. I S. 1582 in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.11.2020, BGBl. I S. 2280)
- Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.02.1999 (GewO, BGBl. I S. 202 in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.12.2024, BGBl. 2024 I Nr. 438)
- Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 26.04.2012 (StVZO, BGBl. I S. 679 in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung vom 10.06.2024, BGBl. 2024 I Nr. 191)
- Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr vom 20.07.2023 (FZV, BGBl. 2023 I Nr. 199) in der jeweils gültigen Fassung, zuletzt geändert durch Verordnung vom 11.12.2024, BGBl. 2024 I Nr. 411)
- Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, ABl. L 119 vom 04.05.2016, S. 1, in der jeweils gültigen Fassung)
- DGUV Information 209-093 über die Qualifizierung für Arbeiten an Fahrzeugen mit Hochvoltsystemen